

Klaus Pfisterer

# KDV-Statistik

## Überraschender Anstieg der KDV-Zahlen im 1. Halbjahr 2007

Die Zahl der KDV-Anträge ist im 1. Halbjahr 2007 überraschend angestiegen. Die Zahl der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 12,58 Prozent auf 83.707 Anträge (Vorjahr: 74.354).

Nach dem kontinuierlichen Rückgang der KDV-Zahlen in den vergangenen Jahren war ein weiterer leichter Rückgang erwartet worden. Umso überraschender ist die Tatsache, dass die KDV-Zahlen im 1. Halbjahr 2007 auf 83.707 KDV-Anträge (Vorjahr 74.354) deutlich angestiegen sind. Ein Grund dafür ist die hohe Zahl der Musterungen.

Bei den ungedienten Wehrpflichtigen stieg deren Zahl um gut 12 Prozent auf 76.189 (Vorjahr 67.991). Dass viele Wehrpflichtige mit ihrem KDV-Antrag warten, ob sie tatsächlich von der Bundes-

wehr gebraucht und einberufen werden, zeigt die weiter steigende Zahl von KDV-Aufträgen von Vorbenachrichtigten/Einberufenen. Sie stieg um gut 15 Prozent auf 5.797 (Vorjahr 5.036).

Aufhorchen lässt die Zahl der Soldatenverweigerungen, die um gut 38 Prozent auf 1.588 (Vorjahr: 1.149) gestiegen ist. Es ist zu vermuten, dass die hohe Zahl der Auslandseinsätze der Bundeswehr und die damit verbundenen gestiegenen Gefahren viele Wehrpflichtige ins Grübeln gebracht haben. Sie merken spät, aber nicht zu spät, dass der Kriegs-Einsatz in aller Welt kein harmloser Abenteuerspielplatz ist, sondern die reale Gefahr des Getötet-werdens beinhaltet. Die Zahl der Reservistenverweigerungen ist mit 133 Anträgen nahezu unbedeutend.

### Die KDV-Zahlen 2007 im Überblick:

Monat	Ungediente		Vorbenachrichtigte/Einberufene		Soldaten		Reservisten		Gesamt	
	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007
Januar	14.762	11.873	871	852	307	386	37	24	15.977	13.135
Februar	14.776	15.999	992	1.084	222	358	35	21	16.025	17.462
März	11.571	13.527	726	1.007	67	87	40	27	12.404	14.648
April	8.439	10.271	666	800	263	382	17	11	9.385	11.464
Mai	9.810	10.182	894	963	210	292	29	21	10.943	11.458
Juni	8.633	14.337	887	1.091	80	83	20	29	9.620	15.540
Summe 1. Halbjahr	67.991	76.189	5.036	5.797	1.149	1.588	178	133	74.354	83.707

KDV-Anträge 2007; Quelle: Bundesamt für den Zivildienst, Pressestelle, 05.09.2007

### Die Musterungszahlen 2003-2007 im Überblick:

Monat	2003	2004	2005	2006	2007
Januar	35.031	34.311	33.870	35.076	37.000
Februar	32.693	31.779	33.830	31.918	36.000
März	32.295	41.872	32.940	37.096	43.000
April	31.445	32.263	34.400	24.554	33.000
Mai	25.933	27.752	26.600	31.521	37.000
Juni	28.423	31.880	33.290	22.187	39.000
Gesamt	185.820	199.857	194.930	182.352	225.000

Musterungsstatistik; Quelle: Bundesministerium der Verteidigung, Pressestelle, 06.08.2007

Die Pressestelle des BMVg teilte am 06.08.2007 mit, dass im 1. Halbjahr 2007 insgesamt rund 225.000 Musterungen (Vorjahr: 182.352) durchgeführt wurden. Rund 43.000 Musterungen mehr entsprechen einem Plus von 23,4 Prozent. Noch nie zuvor wurden in einem ersten Halbjahr so viele Wehrpflichtige gemustert. (Seit einem Jahr werden nur noch gerundete Zahlen veröffentlicht.)

Von den 225.000 Musterungen waren 223.000 durch die Vergabe eines Tauglichkeitsgrades abgeschlossen. Davon waren rund 120.000 wehrdienstfähig (53,8%), rund 10.000 vorübergehend nicht wehrdienstfähig (4,5%) und rund 93.000 nicht wehrdienstfähig (41,7%). Rund 2.000 Musterungen waren noch nicht abgeschlossen.

Die Zahl der Untauglichen nahm deutlich zu: Knapp 42 Prozent aller gemusterten Wehrpflichtigen waren untauglich. Letztlich ist die Zahl sogar noch höher, denn von den vorübergehend untauglich Gemusterten wird nach aller Erfahrung die Hälfte schließlich ausgemustert. Demzufolge ist die Hälfte der Bevölkerung verteidigungsungeeignet. Die Zahl der für den Grundwehrdienst verfügbaren Wehrpflichtigen wird bewusst gering gehalten, um eine scheinbare Wehrgerechtigkeit vorzutäuschen, die es tatsächlich nicht gibt. Fakt ist, dass immer weniger Wehrpflichtige einen Dienst leisten, wobei die Kriegsdienstverweigerer benachteiligt werden. Die Zentralstelle KDV hat Zahlen er-

mittelt, wonach Wehrpflichtige, die vor der Musterung ihren KDV-Antrag stellen, in der Regel tauglich gemustert werden. Ohne KDV-Antrag liegt die Chance für Untauglichkeit bei fast 50 Prozent.

In der Beratungspraxis sollten alle Wehrpflichtige verstärkt darauf hingewiesen werden, vor der Musterung nichts zu tun und insbesondere keinen KDV-Antrag zu stellen - erst die Musterung abwarten und dann Entscheidungen treffen.

*Klaus Pfisterer ist KDV-Rechtsbeistand und Sprecher des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg.*



**Stefan Philipp**

## **Der schwarze Schimmel: freiwillige SPD-Wehrpflicht**

**Zivildienst und Notwendigkeit zur KDV-Antragstellung nach Art. 4 Abs. 3 GG fielen bei Realisierung weg**

**W**er noch alle Tassen im Schrank hat, kann angesichts dieser terminologischen Chimäre nur noch in schallendes Gelächter ausbrechen.« Mit solch beißendem Spott kommentierte Jürgen Rose, Oberstleutnant der Bundeswehr und seit Jahren der härteste Kritiker der Wehrpflicht innerhalb der Armee, den Beschluss des SPD-Vorstandes über die »freiwillige Wehrpflicht«. Eine solche soll – und wird wohl – der Ende Oktober in Hamburg stattfindende SPD-Parteitag entsprechend dem Leitantrag »Gesellschaftliche Verankerung der Bundeswehr erhalten – Freiwilligkeit stärken« des Parteivorstandes beschließen.

Was kann man sich unter dieser ominösen Verbindung von Freiwilligkeit und Zwang vorstellen. Die SPD erklärt das in ihrem Leitantrag so: »Wir streben an, zum Dienst in den Streitkräften künftig nur noch diejenigen einzuberufen, die sich zuvor bereit erklärt haben, den Dienst in der Bundeswehr leisten zu wollen.«

Übersetzt heißt das: Die Wehrpflicht bleibt im Grundsatz bestehen, eine Grundgesetzänderung soll es nicht geben. In der Verfassung heißt es in Artikel 12a: »Männer können ... zum Dienst in den Streitkräften ... verpflichtet werden.« Erhalten bleiben soll auch die zivile Wehrverwaltung, die über die Kreiswehrrersatzämter die Musterungen durchführt, denn diese Untersuchungen des ganzen männlichen Jahrgangs sollen »beibehalten« werden. Was wegfällt, ist die zwangsläufige Einberufung zum Grundwehrdienst – und zwar dann, wenn sich genügend freiwillig für die Dienstleistung melden.

Am Prinzip Wehrpflicht würde sich also nichts ändern, in der Praxis wäre hingegen fast alles anders. Weil niemand mehr damit rechnen müsste, gegen seinen Willen zur Bundeswehr einberufen zu werden, müsste niemand mehr einen KDV-Antrag stellen – der Zivildienst fiel also weg, würde bzw. ebenfalls zu einer rein freiwilligen Veranstaltung umgewandelt werden.

Warum präsentiert die SPD-Führung einen solchen Vorschlag? Sie reagiert damit auf die seit Jahren anhaltende innerparteiliche Diskussion, in der sich mittlerweile zwei annähernd gleich große Lager gegenüberstehen. Das eine will – aus den unterschiedlichsten Gründen – an der Wehrpflicht festhalten, während das andere die Bundeswehr in eine reine Freiwilligenarmee umwandeln will. Die Abstimmung über einen Antrag auf Abschaffung der Wehrpflicht wäre deshalb eine Zerreißprobe. Das Gerede von einer »intelligenten Weiterentwicklung der Wehrpflicht« ist also der klassische Formelkompromiss, der es beiden Seiten erlaubt, das Gesicht zu wahren – die Wehrpflicht bleibt grundsätzlich erhalten, faktisch wird die Bundeswehr zur Freiwilligenarmee.

Ein weiterer Vorteil dieser Lösung: Man müsste als Regierung nicht mehr lügen. Denn in der Realität ist die Bundeswehr längst eine Armee, in der die Wehrpflichtigen bedeutungslos sind. Von 250.000 SoldatInnen sind nur 30.000 Grundwehrdienstleistende. Daneben gibt zwar noch ca. 20.000 so genannte FWDL, freiwillig Wehrdienstleistende, die den neunmonatigen Grundwehrdienst bei besserer Bezahlung auf bis zu insgesamt 23 Monate ver-